



Hauptstadtbrief

von Klaus-Peter Willsch MdB

Nr. 116

Nachrichten und Notizen

23.07.2013

aus Berlin und dem Wahlkreis Rheingau-Taunus/Limburg

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

der Bundestag macht Sommerpause. Von der Euro-Krise kann man dies leider nicht behaupten. Erst dieser Tage musste sich unsere Bundesregierung in Athen beschimpfen lassen, obwohl man doch eher Dankbarkeit zeigen sollte. Ich bleibe bei meiner Meinung, dass wir aus Griechenland kein europäisches Finanzprotektorat machen dürfen. Jeder ist für seinen Haushalt selbst verantwortlich. Einmischungen von außen müssen ebenso unterbleiben wie Finanzaufstellungen. Im Handelsblatt konnte ich mich zu einigen der jüngsten Entwicklungen in einem Gastbeitrag äußern.

Der IWF muss Teil der Troika bleiben

„Viviane Reding hat jüngst die Auflösung der Troika bestehend aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) gefordert. Europa müsse seine Schuldenproblematik alleine, also ohne den IWF lösen. Hier stellt sich nur die Frage, was Frau Reding am IWF stört. Dass sich der IWF mit Knowhow und Finanzmitteln in die „Rettung“ der europäischen Schuldenstaaten einbringt, müsste doch eigentlich Gefallen finden. Schließlich ist der IWF als Organisation der Völkergemeinschaft zur Hilfe für Staaten in Zahlungsbilanzschwierigkeiten eigens ins Leben gerufen worden und hat unstrittig die umfangreichste Expertise bei der Sanierung

überschuldeter Staaten und der Abwicklung von Staatsbankrotten. Leider ist der IWF aber ohnehin schon längst auf dem Rückzug.

Am Griechenland-I-Paket war der IWF noch mit etwa einem Drittel beteiligt. Von da ab wurde es kontinuierlich weniger. Zur „Rettung“ Zyperns steuerte der IWF nur noch eine Milliarde Euro (10 Prozent des Pakets) bei. Der IWF hat gerade bzgl. Griechenlands mehrmals mit dem Zaunpfahl gewunken, dass es seine Statuten nicht zulassen, sich weiter am griechischen Fass ohne Boden zu beteiligen. Nun ist bereits eine weitere Finanzlücke von zehn Milliarden Euro an die Öffentlichkeit gekommen.

Wenn der IWF seine Zahlungen einstellen würde, ja, sogar müsste, wäre das das offensichtliche Zeichen für das Scheitern der Rettungsaktion. Die letzten Feigenblätter würden fallen. Bevor der IWF geht, versucht man den Mahner rauszuschmeißen. Um nichts anderes geht es. Der desaströse IWF-Bericht, der mehr einem Schuldeingeständnis gleich, hat wohl dem letzten Rettungsfanatiker klargemacht, dass der IWF trotz seiner Direktorin Christine Lagarde als noch leidlich unabhängige Institution innerhalb der Troika die Idylle stört.

Das Argument, ärmere Staaten wie Brasilien oder Indien dürften nicht für die Finanzprobleme des verhältnismäßig reichen Griechenland herangezogen werden, zieht nicht. Denn gleiches gilt für Staaten wie die Slowakei oder die Balten, die in ihrer jüngeren Geschichte ganz andere Anstrengungen auf sich

nehmen mussten und heute zusätzlich für die erheblich vermögendere Griechen bürgen, haften und schließlich zahlen müssen.

Mir ist auch zweifelhaft, wie Frau Reding auf die Idee kommt, Europa habe mittlerweile genügend eigene Expertise in Sachen Finanzsanierung gewonnen. Die „Euro-Rettung“ ist nichts anderes als ein schleichendes Abdriften in eine Schulden- und Defizitvergemeinschaftung. Die Bundesregierung stellt sich dem zwar entgegen, wird aber von den Weichwährungsländern in der Euro-Zone und leider auch von der Opposition im eigenen Land ständig weiter in Richtung Schuldenunion getrieben.

Der IWF als einzige unabhängige und fachlich kompetenteste Institution innerhalb der Troika kann ein Programmland verlassen, wenn die Bedingungen der Hilfsleistungen von der jeweiligen Regierung nicht eingehalten werden. Alle anderen sind durch die vielfältigen Verschränkungen verschiedenster Politikbereiche innerhalb der Eurogruppe und der Europäischen Union derart dicht miteinander verwoben, dass ihnen der Mut zu klaren Schnitten fehlt und immer wieder die für Brüssel typischen faulen Kompromisse herauskommen.

Dass sich die EZB mit Siebenmeilenstiefeln von ihrem Auftrag entfernt hat, offenbarte nicht nur die jüngste Verhandlung beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Die EZB ist mittlerweile einer der Hauptgläubiger Griechenlands. Sie überdehnt ihr Mandat und verliert ihre Unabhängigkeit.

Für die Kommission bedeutet die Krise auch einen nicht zu vernachlässigenden Machtzuwachs. Mit der „Euro-Rettung“ ist eine starke Aufblähung der europäischen Institutionen verbunden. Kommissar Barnier will sich zur Letztinstanz zur Abwicklung von Geschäftsbanken aufschwingen. Nebenbei muss man sich auch fragen, welches Amt Frau Reding bevollmächtigt, sich über das Ausscheiden des IWF aus der Troika Gedanken

zu machen. Sie ist Kommissarin für das Ressort Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft.

Der IWF muss Teil der Troika bleiben. Ansonsten können wir auch gleich das Puppentheater beenden und den Pleitestaaten ihre Budgetdefizite direkt überweisen. Dann sparen wir uns den bürokratischen Aufwand und sagen den Menschen endlich, dass mittlerweile ein europäischer Länderfinanzausgleich etabliert worden ist.“

Soweit zu meinem Gastbeitrag. Diesen können Sie auch im Internet unter <http://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastbeitrag-der-iwf-muss-teil-der-troika-bleiben/8512296.html> abrufen.

*** **

Die Presse überschlägt sich seit einigen Wochen darin, den Verteidigungsminister Thomas de Maizière in Sachen „Drohnendebakel“ und „Hubschrauberdeal“ mit Beschuldigungen zu überhäufen. Als Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für den Etat des Verteidigungsministeriums im Haushaltsausschuss bin ich an diesen Themen immer ganz nah dran und möchte hier die Gelegenheit nutzen, einige Meldungen der letzten Tage und Wochen richtig zu stellen.

Der „Hubschrauberdeal“

Bei seinem Amtsantritt hatte Thomas de Maizière versprochen, die Neuausrichtung der Streitkräfte als Gesamtpaket gestalten zu wollen. Es ist nur logisch, dass wir für weniger Soldaten nicht nur weniger Kasernen benötigen, sondern auch weniger Gerät. Daher hatte de Maizière es zur Chefsache erklärt, mit der wehrtechnischen Industrie bereits bestehende Industrieverträge neu zu bewerten und – wo möglich – die für eine ursprünglich wesentlich größere Armee bestellten Stückzahlen in gegenseitigem Einvernehmen zu reduzieren. Eines muss man bei der ganzen Sache immer im Auge behalten: Die mit der Industrie geschlossenen Verträge sind

rechtswirksam und es muss ein Entgegenkommen geben, ansonsten könnten die Hersteller einfach darauf bestehen, dass die gültigen Verträge erfüllt werden.

In einem ersten Schritt hatte der Minister im vergangenen Jahr die Stückzahlen beim Schützenpanzer PUMA von 405 auf 350 herunterhandeln können. Anfang Juni diesen Jahres unterrichtete er das Parlament dann über seine Erfolge bei den Verhandlungen zur Stückzahlreduzierung bei den Hubschrauberprojekten NH90 und Unterstützungshubschrauber TIGER (UHT).

Vom UHT wurden seinerzeit 80 Stück bestellt, die Verhandlungen führten zu einer Reduzierung auf 57. Beim NH90 wurde von 122 Stück auf 82 Stück reduziert. Als Kompensation wurde mit der Firma Eurocopter vereinbart, dass 18 Hubschrauber aus dem NH90-Programm für die Marine neu bestellt werden. Hierzu muss man wissen, dass die Marine ein anderes Anforderungsspektrum hat als das Heer oder die Luftwaffe, da die Marinehubschrauber z. B. so ausgelegt sein müssen, dass sie auch bei stürmischer See auf Deck eines Schiffes landen können.

Die Opposition wirft dem Minister nun vor, er habe sich von der Industrie über den Tisch ziehen lassen, weil er „nur“ 224 Mio. Euro eingespart habe. Aber die Rechnung geht nicht auf, denn erstens wurden dabei die Kosten für den neuen Marinehubschrauber nicht eingerechnet. Die Marine benötigt aber mittelfristig eine Nachfolgelösung für den jetzigen Marinehubschrauber und die Kosten dafür sind und waren dafür weder im Haushalt, noch in der Finanzplanung veranschlagt. Das heißt, dass diese Änderung des Vertrages mit der Neu-Beschaffung von 18 Marinehubschraubern natürlich mit eingerechnet werden müssen.

Zweitens übersehen die Kritiker dabei (bewusst), was passiert wäre, wenn es keine Einigung zur Stückzahlreduzierung gegeben hätte: die Industrie hätte vertragsgemäß Hubschrauber produziert und geliefert, die eine verkleinerte Bundeswehr nicht hätte nutzen

können. Wir alle wissen aus eigener Erfahrung, was es bedeutet, eine Neuwagen vom Hof des Herstellers zu holen: so bald man das Werksgelände verlässt, hat der Wagen schon ein Viertel seines Wertes verloren. Noch schlimmer wird es, wenn man sich für eine spezielle Sonderausstattung entschieden hätte, dann sinkt der Wiederverkaufswert noch dramatischer. Genau so muss man es sich auch bei den bestellten Hubschraubern vorstellen: Wir hätten Hubschrauber auf dem Hof stehen gehabt und Käufer dafür suchen müssen. Von dem bezahlten Neupreis hätten wir erhebliche Abschläge vornehmen müssen, dieses Geld wäre verloren gewesen.

Summa summarum muss man also feststellen, dass der Minister klug gehandelt hat und ein sehr gutes Ergebnis bei seinen Verhandlungen erzielt hat. Was von der Presse gerne mit abwertendem Unterton „Deal“ genannt wird, ist ein weiterer wichtiger Baustein hin zur Neuausrichtung der Bundeswehr und ich werde den Minister weiterhin dabei unterstützen, unsere Truppe zukunftsfest zu machen.

Das „EUROHAWK-Debakel“

Zur unbemannten Aufklärungsplattform EUROHAWK ist noch mehr Unsinn in den Medien verzapft worden, deswegen auch hier der Versuch, etwas Licht ins Dunkel zu bringen.

Beim EUROHAWK handelt es sich um ein unbemanntes, nicht bewaffnetes Fluggerät, das der Bundeswehr die Fähigkeit zur weiträumigen signalerfassenden Aufklärung weiterhin ermöglichen soll. Hierfür ist der EUROHAWK nur die Plattform, die auf dem US-System GLOBAL HAWK basiert. Die Aufklärungssensorik (SIGINT) wurde von der Firma EADS eigens für Deutschland entwickelt. Seither wurde diese Fähigkeit von einem Höhenflugzeug, der Breguet 1150 Atlantic abgedeckt, die im Jahr 2010 nach 38 Jahren außer Dienst gestellt wurde, da sie nicht mehr leistungsfähig war.

Der Vertrag für die Entwicklung des Systems EUROHAWK wurde bereits 2007 geschlossen. Ganz wichtig ist hierbei, dass es sich um eine Entwicklung, nicht um die Beschaffung eines bestehenden Systems handelt. Wenn man gemeinsam mit der Industrie forscht, experimentiert und Dinge selbst entwickelt, dann kann man auch scheitern, das liegt in der Natur der Sache.

Die Presseberichterstattung der letzten Wochen hat den Eindruck erweckt, als sei wesentlich jede Menge Geld zum Fenster rausgeworfen worden. Dies ist aber nicht der Fall. Die von EADS entwickelte Aufklärungssensorik funktioniert und wird auf jeden Fall zukünftig für die Bundeswehr nutzbar sein. Daher war auch der Zeitpunkt des „Reißleineziehens“ durch den Minister der richtige: erst im Mai diesen Jahres war absehbar, dass die Technik zu Ende entwickelt werden kann und auch wirklich funktionieren wird. Hätte man die Entwicklung früher gestoppt, wäre es wirklich verbranntes Geld gewesen, so können wir uns aber auf die Suche nach einer geeigneten Träger-Plattform machen, um die Fähigkeit "signal-erfassende Aufklärung" auch künftig abzudecken. Die Aufklärungssensorik (SIGINT) ist also jetzt vorhanden, ebenso der Demonstrator, für den nun ein Käufer gesucht werden soll.

Da auf den Demonstrator, also den ausgelieferten Prototypen, die Beschaffung von vier weiteren Systemen erfolgen sollte, muss jetzt gehandelt werden. Die Produktion der Kleinserie entfällt, weil der Prototyp nicht den gestellten Anforderungen entsprach.

Noch ein Wort zu unbemannten Flugsystemen, landläufig Drohnen genannt, im Allgemeinen: Ich bin der festen Überzeugung, dass die Zukunft des Fliegens unbemannt sein wird. Das gilt nicht nur für den militärischen Bereich, sondern ich denke, dass ich es noch erleben werde, dass beispielsweise der Posttransport unbemannt vonstatten gehen wird. Unbemanntes Fliegen ist ein Bereich, in dem die militärische Nutzung mal wieder

als Vorreiter der zivilen Nutzung gelten darf. Gerade im Bereich der Grenzüberwachung wird heute schon intensiv darüber gesprochen, wie die unbemannten Systeme künftig nutzbar sein werden. Daher war es nur folgerichtig und zukunftsorientiert, bereits 2007 auf eine unbemannte Plattform EUWOHAWK zu setzen.

Die Probleme, die bei der Zulassung des EUWOHAWK zu Tage kamen und die schließlich dazu führten, dass Minister de Maizière entschieden hat, dass der EUROHAWK nicht zum Einsatz kommen wird, müssen in naher Zukunft gelöst werden und ich weiß, dass es hierzu nicht nur in Deutschland intensive Beratungen gibt, sondern auch auf europäischer Ebene. Bisher fliegen Drohnen im Allgemeinen nur mit Sondergenehmigungen, dies gilt nicht nur für deutsches Gerät, sondern auch für die US-Drohnen. Daher müssen wir den Stier jetzt bei den Hörnern packen und die Regelungen für die Integration von unbemannten Systemen in den allgemeinen Luftverkehr weiterentwickeln.

Dass die Opposition zwei Tage vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause noch einen Untersuchungsausschuss eingesetzt hat, kann man getrost als Wahlkampfgetöse bewerten. Der Untersuchungsausschuss wird an der Tatsache, dass der Minister zum richtigen Zeitpunkt die richtige Entscheidung getroffen hat, auch nichts ändern können. Aber vielleicht hält es dem Wähler doch ein weiteres Mal vor Augen, dass aus den Reihen links von uns außer viel Geschrei nicht viel zu erwarten ist.

Kroatischer Verdienstorden

Vor ein paar Tagen wurde mir eine ganz besondere Ehre zuteil. Mir wurde vom Präsidenten der Republik Kroatien der Orden des kroatischen Flechtornaments (Red hrvatskog pletera) verliehen. Mit dem Flechtorden werden ausländische Bürger ausgezeichnet, die sich im Besonderen um die Republik Kroati-

en verdient gemacht haben. Die Übergabe des Ordens erfolgte durch S.E. Botschafter Dr. Miro Kovač im Generalkonsulat der Republik Kroatien in Frankfurt. Ich freue mich sehr über diese große Ehre. Es erfüllt mich mit Stolz, diesen Orden zu empfangen.

Zugleich beglückwünsche ich das kroatische Volk zum jüngst erfolgtem Beitritt zur Europäischen Union. Durch den Beitritt Kroatiens zur EU wächst nicht nur menschlich und kulturell zusammen, was zusammen gehört, sondern auch politisch. Nach erzwungener Trennung hat Kroatien heute wieder seinen Platz im christlichen Abendland eingenommen.

Der Beitritt zur EU stellt nach der bereits 2009 erfolgten Aufnahme in die NATO die erfolgreiche Vollendung des mit der Wiedererrichtung des kroatischen Staates 1991 eingeschlagenen Weges dar. Deutschland ist ein treuer Freund Kroatiens; seit der Unabhängigkeitserklärung begleiten wir die Adriarepublik auf ihrem Weg in die EU. Nachdem das kroatische Volk 1991 in einem Referendum seine Unabhängigkeit erklärt hatte, war Deutschland eines der wenigen Länder, die Kroatien in seinem Weg der Selbstständigkeit von Anfang an unterstützten. Die serbische Mehrheit im früheren Jugoslawien setzte unter Milosevics Führung auf die Schaffung eines Großserbiens mit kriegerischen Mitteln. Das traurige Ergebnis dieser serbischen Aggression kennen wir, es ist verbunden mit grauenvollen Erinnerungen an den Versuch der 'ethnischen Säuberung'. Umso schöner ist es, dass Kroatien nun endgültig Teil der Europäischen Union ist.

Die ganz überwiegend katholischen Kroaten stellen in Deutschland die fünftgrößte Migrantengruppe dar. Sie leben vollständig integriert unter uns. Jeder dritte Kroat hat verwandtschaftliche oder freundschaftliche Beziehungen nach Deutschland. Zugleich ist unser Land wirtschaftlich und politisch einer der wichtigsten Partner Kroatiens. Deutschland ist mit einem Handelsvolumen von rund drei Mrd. Euro hinter Italien der zweitwich-

tigste Handelspartner für Kroatien überhaupt. Seit 1993 investierten deutsche Unternehmen etwa drei Mrd. Euro in Kroatien.

Kovač stellte die besondere Freundschaft heraus, die ich seit Jahrzehnten zu Kroatien pflege, heraus: „Klaus-Peter Willsch ist seit vielen Jahren der Motor der Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Bundestag und dem Sabor in Zagreb, dem kroatischen Nationalparlament.“ Zugleich trat Kovač Berichten in deutschen Medien entgegen, die Befürchtungen über erforderliche Rettungsmilliarden für das neue EU-Mitglied transportiert hatten. Sein Land trete nicht der Eurozone, sondern der Europäischen Union bei. Somit bleibe es vollständig selbst verantwortlich für seine Haushaltswirtschaft und schiele nicht nach Rettungsschirmen. „Unsere Bürger wissen, dass noch viel zu tun ist, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft zu steigern. Wir wollen und werden uns selbst anstrengen, um im gemeinsamen Markt zu bestehen und seine Chancen zu nutzen“, so der Botschafter.

Ich selbst bin mit der Adriarepublik politisch und freundschaftlich eng verbunden. Bereits Anfang der 90er Jahre setzte ich mich als stellvertretender Landesvorsitzender der Jungen Union Hessen für eine Unterstützung Kroatiens gegen die serbische Aggression ein. Erste Voraussetzung dafür war die Anerkennung der Unabhängigkeit Kroatiens, weshalb wir Exilkroaten Zugang zum damaligen CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger ermöglichten, um ihre Situation zu schildern. Dies war ein wichtiger Schritt zum frühen Beschluss für die Anerkennung Kroatiens durch Deutschland im Dezember 1991.

Bei meinem Besuch im Frühjahr 1998 in Vukovar nach der friedlichen Rückgliederung der im Krieg durch die 'jugoslawische Volksarmee' und serbische Freischärler schwer zerstörten Stadt nahm ich an der feierlichen Beisetzung der Opfer des dortigen Krankenhauses teil. In einem Namensartikel in der FAZ („Die toten Unruhestifter von

Vukovar“) nahm ich die mangelnde Anteilnahme der westlichen Welt aufs Korn. Die internationale Gemeinschaft war peinlich um Äquidistanz bemüht, obwohl doch jedermann wusste, wer der Angreifer war und wer das Opfer. Darüber bin ich nach wie vor empört.

Nach meiner erstmaligen Wahl in den Deutschen Bundestag widmete ich mich der parlamentarischen Zusammenarbeit mit der jungen Adriarepublik, seit 2002 als Einzelbeauftragter des Deutschen Bundestages für die Beziehungen zum kroatischen Parlament. Ich nutzte diese Position, um in der darauffolgenden Legislaturperiode eine vollwertige deutsch-kroatische Parlamentariergruppe durchzusetzen, deren erster Vorsitzender ich 2005 wurde. Den Vorsitz habe ich in dieser Legislaturperiode an meinen Kollegen Horst Meierhofer MdB (FDP) abgegeben; ich wirke als Stellvertreter weiter mit. Die deutsch-kroatische Parlamentariergruppe besteht heute aus 15 Mitgliedern.

Zunächst gab es aber bei der Gründung der Parlamentariergruppe Widerstände. Es gab viele, die alle ex-jugoslawischen Staaten in einer Gruppe zusammenfassen wollten. Aber das war eine absurde Vorstellung. Erst erkennen wir das Streben nach Unabhängigkeit einzelner Staaten und damit deren Selbstbestimmungsrecht an und dann fassen wir sie wieder in einer Gruppe zusammen. Das hätte man den Menschen nicht vermitteln können.

Politischen Beistand gab ich den Kroaten mit einem weiteren Namensartikel in der FAZ im Frühjahr 2011 („Die Leichensynode von Den Haag“), in dem ich das erstinstanzliche Urteil des Kriegsverbrechertribunals gegen die Generale Ante Gotovina und Mladen Markac als Versuch der Kriminalisierung des kroatischen Unabhängigkeitskampfes geißelte. Inzwischen sind beide in Kroatien als Kriegshelden verehrte Spitzenmilitärs nach dem in zweiter Instanz im November 2012 erfolgten Freispruch rehabilitiert und in die Freiheit entlassen.

Unter Freunden muss man sich aber auch Kritik gefallen lassen. Zwei Beschlüsse der

sozialdemokratischen Mehrheit der jüngsten Vergangenheit in Kroatien sind für mich nicht nachvollziehbar. Die Eingliederung des unabhängigen Büros zur Aufklärung von Verbrechen in der kommunistischen Zeit in die Ministeriumsbürokratie war ein Fehler. Solche Einrichtungen sind notwendig und brauchen Unabhängigkeit wie unsere Gauck-Behörde. Ebenso kritisiere ich den jüngsten Beschluss des Sabor, die Wirksamkeit des europäischen Haftbefehls auf nach 2002 begangene Verbrechen zu begrenzen. Dieses Gesetz schützt die früheren Mordkommandos des jugoslawischen Geheimdienstes UDBA, denen zahlreiche Anschläge gegen Exilanten im Westen vorgeworfen werden. Perkovic ist vom Münchner Oberlandesgericht in Abwesenheit rechtskräftig verurteilt worden, der Haftbefehl ist zu vollstrecken.

*** **

Ihnen persönlich wünsche ich frohe Sommertage und einen schönen Urlaub. Das Wetter ist derzeit fantastisch. Wir sollten die Zeit genießen, es werden wieder andere Tage kommen. Ich freue mich auf viele Begegnungen mit den Menschen in meinem Wahlkreis, den ich zur Zeit noch intensiver als sonst in allen Teilen bereise. Unsere Heimat ist wunderschön. Unablässig versuche ich die Menschen zu überzeugen, dass sie nicht den linken Parteien in die Hand fallen darf, sondern weiter eine bürgerliche Regierung braucht. Hierfür kämpfe ich mit ganzer Kraft, Urlaub machen wir im Herbst oder nächstes Jahr.

Ihr



Weiterleitung des Briefes

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

Aufnahme in den Verteiler

Wer in den E-Mail- oder Fax-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, kann dies jederzeit über mein Berliner Büro veranlassen.